



BUND – NABU – WWF – Bürgerinitiative Pro Elbe – Vertreter der Kirchen

Pressemitteilung

22. Juni 2017

Beratungen im Bundestag zum Gesamtkonzept Elbe:

CDU/CSU und SPD versuchen Ausbau der Elbe voranzutreiben

Berlin/Magdeburg: In einem Antrag bereiten CDU/CSU und SPD einen Beschluss des Deutschen Bundestages zum Ausbau der Elbe vor. Insbesondere soll die sogenannte Reststrecke zwischen Dömitz und Hitzacker (Niedersachsen / Mecklenburg Vorpommern) vertieft und Mittel dafür bereitgestellt werden. In einem Staatsvertrag mit Tschechien sollen Zusagen zur Vorhaltung einer gesicherten Fahrrinntiefe gegeben werden. Die Umweltorganisationen BUND, NABU und WWF sowie die Bürgerinitiative Pro Elbe und die Vertreter der Kirchen fordern die Regierungsparteien auf, sich an den gesteckten Rahmen des Gesamtkonzept Elbe zu halten und zunächst zu klären, ob die darin formulierten Ziele überhaupt erreichbar sind.

„Durch einen unzulässigen Missbrauch des Gesamtkonzept Elbe versuchen CDU/CSU und SPD den Ausbau der Elbe voranzutreiben, um ihre altbekannten Pläne doch noch umzusetzen. Als grünes Deckmäntelchen benutzten sie noch die Umweltorganisationen, die Bürgerinitiative sowie die Vertreter der Kirchen. Das hat nichts mit dem vorgelegten Konzept zu tun!“, stellen diese richtig. „Im Gesamtkonzept Elbe sind bislang Thesen formuliert, deren Umsetzbarkeit noch überprüft werden muss. Ausbaumaßnahmen zur Verbesserung der Schiffbarkeit sind daraus nicht ableitbar.“ Wenn CDU/CSU und SPD den abgesteckten Rahmen des Gesamtkonzept Elbe verlassen wollen, müssten sie das offen sagen, fordern die Umweltorganisationen, die Bürgerinitiative und die Vertreter der Kirchen.

Zuallererst müsse geklärt werden, ob eine verlässliche Fahrrinntiefe von mindestens 1,40 Meter (unter dem Parameter GIW 2010) an 345 Tagen im Jahr überhaupt herstellbar sei und ob dies mit den Naturschutzziele vereinbar sei. Der Elbe fehle immer häufiger die nötige Wassermenge. Auch derzeit herrsche wegen Niedrigwassers auf der gesamten Elbe Stillstand für die Güterschifffahrt.

Insbesondere steht der Ausbau der sogenannten Reststrecke zwischen Dömitz und Hitzacker im Fokus des Antrags der Regierungsparteien. Dies steht im krassen Gegensatz zur Bedeutung dieser Strecke auf Landesebene, wo sich der Niedersächsische Landtag parteiübergreifend gegen einen Ausbau ausgesprochen hat. Mit dem Elbeseitenkanal sieht Niedersachsen eine sinnvolle Alternative für die Güterschifffahrt.

„Äußerst fragwürdig ist auch das Ansinnen von CDU/CSU und SPD, mit Tschechien einen Staatsvertrag zur Elbe abzuschließen. Damit werden die Pläne des Nachbarstaates, weitere Stautufen an der Elbe zu bauen, direkt unterstützt“, erläutern die Umweltorganisationen,

die Bürgerinitiative und die Vertreter der Kirchen. „Die Elbe wäre dort das ganze Jahr bei 1,90 Meter schiffbar, während – wie derzeit – auf der freifließenden deutschen Elbe über viele Monate die Schifffahrt aufgrund von Niedrigwasser bei Fahrrinntiefen von weit unter einem Meter stillsteht. Damit wird ein Ausbauzwang auf die Elbe auf deutscher Seite aufgebaut.“

CDU/CSU und SPD setzen mit ihrem Antrag an der Elbe die falschen Prioritäten. Auch wenn sie den Elbe-Radweg als Positiv-Beispiel bejubeln, **verkennen sie die ökonomische Bedeutung eines intakten Naturraums. Dieser** ist die Basis für die herausragende wirtschaftliche Entwicklung des Elberadweges, dessen Umsätze die der Elbschifffahrt um mehr als eine Zehnerpotenz übertreffen. Dieser Erfolg darf nicht durch Investitionen an falscher Stelle für eine kaum genutzte Wasserstraße aufs Spiel gesetzt werden.

Pressekontakt für Rückfragen:

BUND: Iris Brunar, BUND Elbeprojekt, Tel.: +49 (0)340 - 850 7978, Mobil: +49 (0)178 - 163 0204, E-Mail: i.brunar@gmx.de

NABU: Rocco Buchta, Leiter NABU-Institut für Fluss- und Auenökologie, Tel. +49 (0)33385.499000, E-Mail: Rocco.Buchta@NABU.de

WWF Deutschland: Dr. Diana Pretzell, Leiterin Naturschutz Deutschland, Tel.: +49 (0)30 311 777 280; E-Mail: diana.pretzell@wwf.de

Bürgerinitiative Pro Elbe: Dr. Angela Stephan, Sprecherin Pro Elbe, Mobil: +49 (0)173 - 871 3290; E-Mail: a.stephan.56@googlemail.com

Hintergrund – Kernforderungen der Umweltverbände

(Detaillierte Informationen finden Sie in unserer beigefügten Stellungnahme)

Das dem Deutschen Bundestag aktuell vorgelegte „Gesamtkonzept Elbe“ kann allenfalls ein erster Zwischenschritt auf dem Weg zu einem wirklich tragfähigen Masterplan für die Elbe sein. In seiner jetzigen Form erfüllt es nicht den postulierten Anspruch, einen Ausgleich zwischen ökologischer Entwicklung des Naturraums und umweltfreundlicher schifffahrtlicher Nutzung zu schaffen. Dies ist so, weil zwar seitens der Arbeitsgremien klare Kriterien und Umsetzungsstrategien für die Schifffahrtsprobleme benannt wurden, die ökologischen Probleme aber bisher lediglich als solche benannt worden sind. Für die ökologischen Probleme liegen also zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Lösungsstrategien vor. Dazu müssen u.a. folgende offenen Fragen beantwortet werden:

- Ob und wie ist eine umweltverträgliche verkehrliche Nutzung der Elbe vereinbar mit den wasserwirtschaftlichen Erfordernissen und dem Erhalt des wertvollen Naturraums?
- Wie kann das zentrale Problem der Sohlerosion gelöst werden?
- Wie wird gewährleistet, dass der "gute ökologische Zustand" nach WRRL erreicht wird?
- Sind die identifizierten Maßnahmenoptionen und das Regelungssystem ökologisch verträglich?

Bevor weitere Baumaßnahmen an der Elbe durchgeführt werden können, müssen diese Fragen beantwortet werden, um die GKE-Konformität zu gewährleisten. Das bedeutet auch, dass das Ausbaumoratorium aufrecht erhalten werden muss.

Die Umweltorganisationen, die Bürgerinitiative Pro Elbe und die Vertreter der Kirchen sind immer noch skeptisch, dass der gute ökologische Zustand nach WRRL unter der gleichzeitigen Prämisse, eine Fahrrinntiefe von 1,40 m unter dem GIW 2010 herzustellen, erreicht werden kann. Noch ist keine Maßnahmenplanung bekannt, mit der zugleich das Fahrrinntiefenziel von 1,40 m erreicht, den wasserwirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung getragen und der ökologische Zustand verbessert wird. Für die Elbe unterhalb Magdeburgs betrachten sie den Elbe-Seiten-Kanal, der auch heute schon weit über 90% der Güterverkehre aufnimmt, nach wie vor als die bessere Alternative für den Güterschiffsverkehr und sehen daher keinerlei Bedarf für den Ausbau der sogenannten „Reststrecke“ zwischen Dömitz und Hitzacker für die Schifffahrt.

Die Umweltverbände, die Bürgerinitiative Pro Elbe und die Vertreter der Kirchen fordern deshalb die Weitführung eines transparenten und partizipativen Beteiligungsprozesses, bis ein tatsächliches „Gesamtkonzept Elbe“ vorliegt. Das schließt einen fairen Umgang mit den Beteiligten der Zivilgesellschaft ein, so wie im Eckpunktepapier festgelegt. Die Meinung der Umweltverbände, der Bürgerinitiative und der Vertreter der Kirchen muss transparent und wahrheitsgetreu dargestellt werden; der derzeitiger Umgang ist nicht akzeptabel.